

NEWSLETTER

Nummer 3 - Sept. 2009 - weitere Informationen: www.raa-sachsen.de



BERATUNG FÜR BETROFFENE RECHTSEXTREMER GEWALT DES RAA SACHSEN E.V.

Inhalt - Tödliche Dimension rechter Gewalt - Sozialraumanalyse in
Colditz - Interview zur Situation in Mügeln - Halbjahresstatistik 2009

Tödliche Dimension rechter Gewalt

Seit 1990 wurden in Deutschland mindestens 143 Menschen von Nazis ermordet. Wir trauern um jede/n Einzelne/n, der/die aus zutiefst menschenverachtender Motivation umgebracht wurde. Unser tiefes Mitgefühl gehört den Angehörigen und Freund_innen der Opfer. Wir gedenken der couragierten Haltung von Marwa El-Sherbini, die am 1. Juli 2009 in Dresden umgebracht und das zwölfte Todesopfer rechter Gewalt in Sachsen wurde. Wir erinnern an Patrick T., der im Oktober vor zehn

Jahren seinen schweren Verletzungen, die ihm Nazis in Oberlungwitz zugefügt hatten, erlag. Wir engagieren uns, um solche Verbrechen zu verhindern und ein demokratisches Klima des Lebens in Menschenwürde und ohne Angst vor rechten Gewalttaten zu schaffen. Wir fordern daher ein würdiges Gedenken an die Opfer rechter Gewalt und eine konsequente gesellschaftliche Reaktion auf rechte Hegemoniebestrebungen, die solche Taten erst ermöglicht.

Dresden und der Mord

Erneut hat eine rassistische Gewalttat ein Todesopfer gefordert. Am 1. Juli wurde Dr. Marwa El-Sherbini mitten in einer Berufungsverhandlung am Dresdner Landgericht erstochen.

Sie hatte gerade ihre Aussage im Beleidigungsprozess gegen Alex W. beendet, als der Angeklagte aufsprang und innerhalb einer Minute 18 mal auf sie einstach. Marwa El-Sherbinis Ehemann, der mit dem dreijährigen Sohn anwesend war, kam ihr zur Hilfe und wurde ebenfalls durch Messerstiche verletzt. Ein Bundespolizist, wollte eingreifen und schoss auf den Mann der Getöteten, nicht auf den Täter. Ob er den Mann aufgrund der dunkleren Hautfarbe für den Täter hielt, bleibt nach wie vor von der Pressestelle der Bundespolizei unbestätigt. Noch im Gerichtssaal erlag die schwangere Marwa El-Sherbini ihren schweren Verletzungen.

Der Tat vorausgegangen war im November 2008 die Verurteilung durch das Amtsgericht Dresden zu einer Geldstrafe von 780 Euro wegen Beleidigung. Alex W. erklärte während dieser Verhandlung, dass „solche Leute“ nicht beleidigungsfähig sind, da sie „keine richtigen Menschen“ seien. Die in diesen Worten deutlich werdenden rassistischen und islamfeindlichen Einstellungen waren auch Anlass der Verhandlung. Marwa El-Sherbini hatte Alex W. angezeigt, weil dieser sie vor einem Jahr als „Islamistin“, „Schlampe“ und „Terroristin“ beschimpfte. Sie hatte den Täter lediglich gebeten, die Schaukel, auf der er

saß, ihrem kleinen Sohn zu überlassen. Marwa El-Sherbini ließ sich diese rassistische Stigmatisierung nicht gefallen. Sie ergab sich nicht einem Alltagsrassismus, welcher das Leben von Migrant_innen in Dresden oft prägt. Sie hatte den Mut, Strafanzeige zu erstatten und bezahlte dafür mit ihrem Leben.

Unmittelbar nach dem Mord wartete man zunächst vergeblich auf öffentliche Reaktionen. Es dauerte einige Zeit bis die Dimension dieser Tat begriffen wurde. Zunächst ging es ausschließlich um die Frage der Sicherheit an deutschen Gerichten, um Einlasskontrollen und Sicherheitsstufen. Justizminister Geert Mackenroth sah in der Tat gar eine wachsende „Gewaltbereitschaft gegen öffentliche Institutionen“. ¹ In Anbetracht des rassistisch motivierten Mordes an einer jungen Frau, ist diese Einordnung der Tat als Angriff auf den Staat nicht nur zynisch und pietätlos, sondern zeigt auch die Blindheit des sächsischen Ministers gegenüber der politischen Dimension des Ereignisses. Obwohl der Pressesprecher der Staatsanwaltschaft Dresden bereits einen Tag nach dem Mord von einer „ausländerfeindlichen Tat eines fanatischen Einzeltäters“ ² sprach, tat man sich durchweg schwer, die Ereignisse einzuordnen.

Der Grund für die lange Nichtreaktion liegt dabei wohl weniger in einem Schockzustand im Angesicht der furchtbaren Tat, als vielmehr darin, dass es sich bei dem Täter um einen „Russlanddeutschen“ handelt. Allein die Tat-

sache, dass der Täter kein gebürtiger Deutscher war, ließ es zweifelhaft erscheinen, dass es sich hier um Rassismus handelt. Dabei sollte doch klar sein, dass Einstellungen wie Rassismus ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellen – auch unabhängig von der Herkunft. So erklärte der stellvertretende Regierungssprecher Thomas Steg entgegen der eindeutigen Stellungnahme der Staatsanwaltschaft, dass man sich zurückgehalten habe, „weil die Umstände nicht hinreichend klar gewesen sind, um eine so weitreichende politische Erklärung abzugeben.“³ Erst als Marwa El-Sherbini am 6. Juli in Ägypten beigesetzt wurde und die ägyptische Öffentlichkeit und arabische Medien das (Nicht-)Verhalten der deutschen Regierung und Öffentlichkeit anprangerten, kam es in Deutschland zu medialen und politischen Reaktionen.

Und auch in Dresden sammelten sich die öffentlichen Statements von Vereinen und Initiativen, welche den rassistischen Mord verurteilten und auch die Stadt Dresden, vor allem die Oberbürgermeisterin Helma Orosz, aufforderten sich öffentlich zu äußern. In der Tat erfolgte am 10. Juli – neun Tage nach dem Mord – die erste offizielle Stellungnahme der Landeshauptstadt in Form einer Pressemitteilung. In dieser drückte Helma Orosz ihre Anteilnahme mit der Familie des Opfers aus und erklärte, dass sie „zutiefst schockiert“ und „beschämt“ sei, „dass eine solche Tat hier bei uns geschehen konnte.“ Gleichzeitig wollte sie jedoch verstanden wissen, dass „Fremdenhass oder Ablehnung von Muslimen in unserer Stadt kein Alltag [sind], sondern die Haltung einer kleinen Minderheit.“⁴ Der bei diesen Worten entstehende Eindruck, dass sich die Oberbürgermeisterin der Realität, mit der Migrant_innen tagtäglich konfrontiert sind, nicht bewusst zu sein scheint, verstärkt sich in ihrer Nichtteilnahme an der öffentlichen Trauerfeier am 11. Juli vor dem Rathaus. An ihrer Stelle vertrat der erste Bürgermeister Dirk Hilbert die Stadt Dresden. Die Kundgebung war von regionalen Vereinen und Initiativen veranstaltet worden. Reichlich 1000 Menschen nahmen daran teil. In Anbetracht der Einwohner_innenzahl der Landeshauptstadt von einer halben Million und des schrecklichen Anlasses war die Teilnahme an der Kundgebung erschreckend gering. Hilbert betonte in seiner Rede, dass Dresden „eine weltoffene Stadt war, ist und bleibt“, blieb jedoch die Erklärung schuldig, wie diese behauptete Weltoffenheit mit den tagtäglichen Wahrnehmungen und Erfahrungen von Dresdner Migrant_innen einhergeht.

Entgegen den Behauptungen der Dresdner Stadtspitze

von einer kleinen rassistischen Minderheit und einer breiten Mehrheit von weltoffenen Menschen, bildet Dresden keineswegs eine Ausnahme in einer Gesellschaft, in der rassistische Einstellungen weit verbreitet sind. Diese äußern sich für die Betroffenen in alltäglichen Diskriminierungen, ob beim Einkaufen, auf Ämtern oder im Beruf, aber auch in Beschimpfungen, Drohungen und gewalttätigen Angriffen. Allein im ersten Halbjahr erfolgten nur in Dresden 15 gewaltsame Angriffe.⁵ Vor allem in öffentlichen Verkehrsmitteln werden Personen immer wieder rassistisch angegriffen. Für viele besteht also in Dresden keineswegs ein Klima der Weltoffenheit, sondern ein Klima von Anfeindungen und Gewalt. Erfreulich war daher der vom TU-Professor Wolfgang Donsbach unter dem Titel „Dresden – wache auf!“ veröffentlichte Brief. Er hielt darin sowohl der Stadtverwaltung als auch den Dresdner BürgerInnen vor, nicht begriffen zu haben „...“, was das Thema für die Stadt bedeutet, welchen Schaden es anrichtet und welche Ursachen es hat. Wir haben einen deutlich erkennbaren Sockel an bekennend ausländerfeindlichen Bürgern, eine Mehrheit, der das Thema gleichgültig ist – wie die Trauerfeier wieder gezeigt hat – und ein paar Aufrechte, die etwas ändern wollen. (...) Die Einsicht in das Problem, dass es nicht nur um verrückte Einzeltäter, sondern um weit verbreitete Haltungen geht, wäre der erste Schritt zur Lösung.“⁶

Leider wird ebenso wie in der Rede Hilberts, deutlich, dass es Prof. Donsbach allzu sehr um den zu wahren Ruf der Stadt Dresden geht. Aber nicht die Sorge um das eigene Ansehen oder die ebenfalls von Hilbert so hervorgehobene Betonung der Nützlichkeit von Migrant_innen für den Forschungs- und Kulturstandort Dresden sollte Anlass sein, sich gegen Rassismus zu engagieren. Nicht die Gefahr für die Stadt, sondern die Gefahr für jene Menschen, die nicht in das eingeschränkte Weltbild von Rassisten passen, begründet die Notwendigkeit, sich in der Landeshauptstadt endlich entschlossen und ernsthaft mit dem Problem rechter Einstellungen und Gewalt auseinander zu setzen.

1 zitiert nach Sächsische Zeitung vom 06.07.2009 „Mackenroth beklagt Gewalt gegen den Staat“

2 zitiert nach Sächsische Zeitung vom 03.07.2009 „Staatsanwalt: ‚Das war eindeutig eine ausländerfeindliche Tat ...‘“

3 zitiert nach Tagesspiegel vom 07. 07.2009

4 Pressemitteilung der Stadt Dresden vom 10.07.2009 „Oberbürgermeisterin Helma Orosz zum Mord an Marwa El-Sherbini“

5 die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen, da nur wenige Fälle zur Anzeige kommen oder bekannt werden

6 Offener Brief von Prof. Dr. Wolfgang Donsbach vom 12.07.2009 zu finden auf: <http://www.donsbach.net/blog/wp-content/uploads/2009/07/dresden-problem.pdf>

Chronik

17. April, Zwickau: Aufgrund eines T-Shirts mit der Aufschrift „Schöner leben ohne Naziläden“ wird ein Jugendlicher in der Diskothek „Fun“ körperlich angegriffen. **30. April, Mügeln:** Vor einem Haus, das als Treffpunkt alternativer Jugendlicher gilt, versammeln sich etwa 10 bis 20 Nazis und bedrohen die anwesenden Jugendlichen. Bei Eintreffen der Polizei flüchten die Nazis. Am selben Tag wird eine nicht-rechte Person von drei bekannten

Nazis zusammengeschlagen, sie erleidet Prellungen und eine Platzwunde am Kopf. Zuvor wurde bereits eine Gruppe nicht-rechter Jugendlicher von mehreren Nazis, die mit Schlagwaffen ausgestattet sind, durch den Ort gejagt, können jedoch fliehen. Außerdem versuchen Nazis in eine Wohnung eines nicht-rechten Jugendlichen einzudringen, jedoch scheitert ihr Vorhaben, stattdessen zerstören sie den Briefkasten. **1. Mai, Marktleiberg:** Auf dem

"Blickwechsel" - Ein Projekt der Opferberatung in Chemnitz und Leipzig

Am 2. Oktober 2009 jährt sich zum zehnten Mal der grausame Mord an Patrick in Hohenstein-Ernstthal. Im April 2008 wird ein junger Hip Hopper stundenlang regel-recht gefoltert, gedemütigt und anschließend nackt im Wald bei Temperaturen im den Nullpunkt bewusstlos zurückgelassen. Im Juli diesen Jahres wird eine junge Frau in einem Gerichtssaal in Dresden erstochen. Motiv: Rassismus.

Solche Meldungen stellen die grausamste Dimension rechter Gewalttaten dar. Den Mord an einem Menschen. Als Spitze des Eisberges erlangen diese Verbrechen ein kurzweiliges öffentliches Interesse. Täglich stattfindende rechte Gewalt und rassistische Diskriminierung wird dagegen selten problematisiert.

Oft stehen nur die Täter im Blickfeld der Betrachtung. Fragen nach den Ursachen der Tat stehen im Mittelpunkt und verdrängen teilweise den Blick auf die Situation der Betroffenen. Mit dem Projekt „Blickwechsel“ soll zusammen mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) und der Volkshochschule Chemnitz der Brückenschlag gelingen sowohl Betroffene rechter und rassistischer Gewalt, als auch die Frage: „Was kann ich selbst tun? Wie kann ich helfen?“ ins Zentrum der Wahrnehmung zu rücken. Durch finanzielle Mittel aus dem lokalen Aktionsplan der Stadt Chemnitz konnte das Vorhaben realisiert werden.

Die Ausstellung „Opfer rechter Gewalt“ bildet dabei den Kern des Projektes. Diese wird vom 22.09.-30.10.2009 in der Volkshochschule Chemnitz zu sehen sein.

Die Ausstellung porträtiert Menschen, die in Deutschland seit 1990 rechter Gewalt zum Opfer gefallen sind. Viele wurden getötet, weil für sie im Weltbild von rechten Gewalttätern kein Platz ist; manche, weil sie den Mut hatten, Nazi-Parolen zu widersprechen. Einige Schicksale bewegten die Öffentlichkeit, viele wurden nur am Rande zur Kenntnis genommen, vergessen sind die meisten. Von vielen der Toten wurde nie ein Foto veröffentlicht, von manchen nicht einmal ihr Name.

Die Ausstellung erinnert an 136 Menschen. Sie ist eine Dokumentation wider das Verdrängen des Ausmaßes rechter Gewalt.

Die Eröffnung der Ausstellung wird begleitet durch Noah Sow, die aus Ihren Buch „ Deutschland schwarz weiß“ liest.

Zahlreiche Betroffene rechter Gewalt sind täglicher Ausgrenzung, Herabwürdigung und Stigmatisierung ausgesetzt. Diese werden nicht allein durch rechte Angreifer vertreten, sondern finden hohe Zustimmungswerte in der Mehrheitsbevölkerung. Noah Sow thematisiert in ihrer Lesung tief verankerten, teils unbewussten Rassismus gegenüber Schwarzen und sorgt für jede Menge erkenntnis-fördernder Stolpersteine.

Das NDC bietet begleitend zur Ausstellung einen speziellen Workshop an, welcher von Jugendgruppen besucht werden kann. Darin soll vermittelt werden:

- sich auf die Perspektive der angegriffenen Opfer einzulassen;
- Impulse zu setzen, rechte Gewalt, als ein virulentes Phänomen in dieser Gesellschaft zu erkennen;
- rechte Gewalt als konsequente Folge rechter Ideologie zu begreifen;
- Handlungsoptionen, die der Relativierung rechter Gewalt entgegenstehen, zu entwickeln und zu diskutieren

und damit die Erkenntnis anzustoßen, sich selbst in diesem Prozess als handelndes Subjekt zu begreifen.

Ab November soll das Projekt Blickwechsel im Landkreis Mittelsachsen Station machen. Hier wird das Vorhaben maßgeblich durch das Bündnis für Menschenwürde - Gegen Rechtsextremismus Mittelsachsen unterstützt. Weitere Informationen dazu und der konkrete Ausstellungsort sind auf unserer Homepage einsehbar.

Wir laden alle Interessierten recht herzlich ein, sich diese Ausstellung anzusehen.

Stadtfest dringen gegen 22 Uhr etwa 30 zum Teil verummte Nazis in das Festzelt ein und attackieren die dort Anwesenden. Mindestens drei Personen werden verletzt und müssen notärztlich behandelt werden. Die Angreifer entkommen unerkannt. **1. Mai, Dresden:** In der Nacht werden fünf Mitglieder der

Initiative Bürger.Courage und einige Passanten Opfer eines gezielten Überfalls einer Gruppe von 10 bis 15 Nazis. Unter antisemitischen Beschimpfungen werden die Betroffenen geschlagen und getreten und zum Teil verletzt. Die Angreifer können flüchten. **1. Mai, Zwickau:** Im Anschluss an das Festival „Stay

Rebel“, das sich klar gegen rechtes Gedankengut positionierte, werden Mitglieder einer Band angegriffen und verletzt. **3. Mai, Geithain:** Einen vermutlich rechten Hintergrund hatte ein Angriffsversuch auf eine Veranstaltung im Jugendclub Rosenthal. Etwa 15 mit Knüppeln bewaffnete Jugendliche warfen Feuerwerks-

In Gedenken an Patrick T.

Vor zehn Jahren wurde der 17-jährige Malerlehrling Patrick T. in Oberlungwitz von Nazis ums Leben gebracht. Er erlag an seinen schweren Verletzungen am 2. Oktober 1999 im Krankenhaus.

Wir trauern um einen jungen Menschen, der umgebracht wurde, weil er im menschenverachtenden Bild der Täter kein Recht auf Leben hatte. Er hatte sein im Grundgesetz verankertes Recht auf Individualität in Anspruch genommen und wurde dafür grausam von Nazis ermordet.

Patrick besuchte am Vorabend gemeinsam mit Freunden das „Zweite 99er Punkfestival“ in Hohenstein/Ernstthal. Trotz der im Vorfeld ergangenen Drohungen von Nazis, die sich häufig in der nahegelegenen Diskothek „La Belle“ trafen, war die Stimmung ausgelassen und unbeschwert. Gegen 23 Uhr überfielen mit Baseballschlägern und Schlagstöcken bewaffnete Nazis das Festival. 15 BesucherInnen wurden verletzt und mussten im Krankenhaus behandelt werden. Als die Polizei vor Ort eintraf, wurden die Opfer zu Tätern erklärt, festgenommen und in das nahegelegene Revier verbracht. Die rechten Angreifer dagegen hatten sich zunächst entfernt. Als die betroffenen PunkerInnen nach und nach aus dem Gewahrsam entlassen wurden, sahen sich erneut mit den Nazis, die sich nach wie vor im Umfeld befanden, konfrontiert.

So geschah es wohl auch Patrick, der sich gegen 3:30 Uhr zu Fuß gemeinsam mit einem Freund auf den Nach-

hauseweg machte. Im kleinen Ort Oberlungwitz wurden sie von mehreren Nazis, die sie mit ihrem Auto verfolgt hatten, angegriffen. Die Täter prügeln minutenlang mit Gegenständen auf sie ein und verursachten schwerste Verletzungen. Von seinem Freund ließen die Nazis ab, als dieser sich bewusstlos stellte. Auf Patrick schlugen sie gemeinsam weiter ein. Als er bereits am Boden lag, zertrümmerten sie sein Knie, damit er nicht fliehen konnte. Er wurde am nächsten Morgen gefunden und erlag noch am selben Tag seinen Verletzungen im Krankenhaus.

„Erinnern. Nachdenken. Handeln. Mit Courage gegen Rechts“ so ist der Aufruf eines Bündnisses überschrieben, dass eine aktive Auseinandersetzung mit rechten Einstellungen und Taten fordert. Auch zehn Jahre nach dem grausamen Mord an Patrick T. werden vielerorts in Sachsen immer noch nichtrechte und alternative Jugendliche zum Problem erklärt und nicht die dominanten Nazigruppen. Es fehlt die Erkenntnis, dass nichtrechte Treffpunkte kein „Störfaktor“ oder „Nestbeschmutzer“ sind. Im Gegenteil - sie sind ein wichtiger Beitrag zum Erstarben einer nichtrechten und demokratischen (Jugend)kultur.

Wir unterstützen die Forderung eines Denkmals für Patrick T. und alle anderen Opfer rechter Gewalt ein. Es soll ein Mahnmal für die Auswirkungen menschenverachtender Ideologien sein und zur aktiven gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit rechten (Gewalt-)Taten beitragen.

Weiterer Prozess zum EM-Halbfinale

Ende Juli ging der zweite Prozess im Zusammenhang mit den rassistischen Überfällen auf Dönergeschäfte in der Dresdner Neustadt nach dem EM-Halbfinalspiel Deutschland-Türkei zu Ende.

Die drei Angeklagten Felix M., Marco R. und Toni L. waren vor dem Amtsgericht Dresden wegen Landfriedensbruch angeklagt. Nach einem aufwendigen Indizienprozess erhielt Toni L. eine Jugendstrafe von einem Jahr und vier Monaten, ausgesetzt zu zwei Jahren Bewährung. Zwei der Angeklagten musste das Gericht freisprechen – entgegen ihrem „Bauchgefühl“, das ihnen sagt, so Richter Vogel, „dass beide dabei waren“. Felix M. und Marco

R. konnte die Beteiligung an der Tat nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden. Toni L. hingegen wurde zum Verhängnis, dass er selbst damit prahlte, dabei gewesen zu sein. In seiner Urteilsbegründung machte Richter Vogel deutlich, dass der Freispruch auf der Tatsache beruht, dass das Gericht im Prozess auf eine endgültig schlüssige Indizienkette angewiesen war, da die Polizei offenbar weder zu einem schnellen Eingreifen noch zu einer gewissenhaften Ermittlungsarbeit samt Spurensicherung am Tatort in der Lage gewesen war.

Aller Voraussicht nach wird der Prozess in nächster Instanz fortgesetzt.

körper und versuchten in das Gebäude zu gelangen. **3. Mai, Waldenburg:** Ein Schüler des Europäischen Gymnasiums wurde aus rassistischen Gründen beleidigt und dann angegriffen. Er wurde durch Schläge und Tritte der Täter verletzt. **7. Mai, Pirna:** Drei Vereins- und Bürgerbüros sind gestern früh in der Pirnaer In-

nenstadt Ziele von Farbanschlägen geworden. Die Täter bewarfen das SPD-Bürgerbüro, das Bürgerbüro der LINKEN und das Kulturbüro Sachsen mit Farbe. **7. Mai, Dresden:** Das Gewerkschaftshaus wurde mit rechtsradikalen Parolen beschmiert, außerdem versuchten die unbekanntes Täter Fahrzeuge des DGB anzuzünden,

was jedoch misslang. **13. Mai, Chemnitz:** Am Nachmittag werden vier Punks auf offene Straße attackiert. Eine größere Gruppe Nazis sah die Betroffenen, rannte sofort auf diese zu und griff an. **16. Mai, Limbach-Oberfrohna:** In den Abendstunden greifen zwei schwarz gekleidete Personen einen Punker

Ohne Zweifel für den Angeklagten

Freispruch für die rassistischen Täter in Mügeln – ein Paradebeispiel für die Umkehrung der Täter-Opfer-Perspektive

Oschatz, 21.07.2009 – am Amtsgericht Oschatz wird wegen gefährlicher Körperverletzung an zwei indischen Staatsbürgern verhandelt. Bereits vor der Verhandlung versammeln sich mehrere augenscheinlich dem rechten Spektrum angehörige Sympathisanten der Angeklagten vor dem Amtsgerichtsgebäude. Diese zeigen auch im Gerichtssaal Präsenz und sorgen nicht zuletzt durch die zahlreichen abfälligen Kommentare für eine bedrohliche Atmosphäre.

Am 06. März 2009 hat ein Angeklagter massiv gegen die Tür der Pizzeria in Mügeln getreten, woraufhin zwei Inder hinaus gingen, um nachzuschauen was los war, während ein anderer die Polizei rief. Diese Handlung wurde vom Richter Stitterich als Provokation gewertet: „Sie wissen doch, was in Mügeln los war. Man probt doch nicht den Aufstand und rennt hinterher, weil jemand gegen die Tür getreten hat.“¹ Die Darstellung des Sachverhaltes durch die zwei Mügeln Angeklagten basiert auf Notwehr. Die dritte an dem Vorfall Beteiligte, die gleichzeitig Schwester des einen und Ex-Freundin des anderen Angeklagten ist, habe nach einem Streit mit ihrem damaligen Freund kehrt gemacht. Die Angeklagten hörten, wie sie dann angeblich schrie, man solle sie in Ruhe lassen. Daraufhin sei es zu der Auseinandersetzung zwischen den beiden Angeklagten und Indern gekommen, wobei die letztgenannten als „dunkle Gestalten“ und somit als bedrohlich wahrgenommen wurden.

Aus der Sicht der Opferberatung stellt sich der Sachverhalt ganz anders dar. Die Inder verfolgten lediglich das Ziel, die Täter bis zum Eintreffen der Polizei zu identifizieren. „Hinterher gerannt“, wie es auch in der damaligen

Pressemitteilung der Polizei hieß, ist keiner. Des Weiteren ist der Vorwurf an die Inder, hinaus gegangen zu sein, nicht haltbar. Zum einen wird dadurch zum Ausdruck gebracht, was bereits traurige Realität ist: die Inder können sich in Mügeln nicht frei und zu jeder Uhrzeit bewegen. Als Appell schwingt mit: sie sollen es auch gar nicht. Zum anderen gibt man ihnen so eine Mitschuld an der Tat, was mit fatalen Folgen für die Betroffenen einhergeht.

Dass sich die Angeklagten und die Zeugen durch die Betroffenen bedroht gefühlt haben sollen und somit eine Situation, die eine Notwehr begründet, entstanden sei, ist unglaubwürdig. Die Betroffenen gaben ihren Angreifern keinerlei Anlass dazu, auf sie einzuschlagen. Wenn man in Mügeln nachts ein Bedrohungsszenario vorfindet, welches von dort umherziehenden „Leuten mit Elektroschockern und Pfefferspray“ ausgeht, fragt man sich, von wem diese Bedrohung ausgeht. Von den Betroffenen jedenfalls nicht. Dass solche Verhältnisse als Rechtfertigung für die Gewaltanwendung reichen, kann als ein Freifahrtschein für weitere Gewaltdelikte gewertet werden. Wenn keine Sanktionierung der Täter erfolgt, bekräftigt das ihre Haltung und senkt ihre Hemmschwelle für die Ausübung weiterer Straftaten.

Sowohl der Staatsanwalt als auch der Richter waren da anderer Meinung. Die Version der Angeklagten wurde als glaubwürdig eingeschätzt, wobei die Aussagen des Opfers und der Zeugen kaum Beachtung fanden. Dieser Umstand führt zur tiefen Enttäuschung der Betroffenen und untergräbt ihr Vertrauen in die Schutzfunktion der Justiz.

¹ Quelle: OAZ vom 22.07.09

mit Reizgas an und versuchen ihn zu schlagen. Der Angegriffene konnte jedoch entkommen. **17. Mai, Topseifersdorf:** In der Nacht hält in der Nähe des Dorffestplatzes ein dunkel-farbigen Bus. Aus ihm steigen ca. 20 junge Männer, darunter auch Thor Steinar-Träger und mit Stöcken Bewaffnete. Sie laufen zielgerichtet

zum Festplatz und sind deutlich darauf aus Feiernde anzugreifen. Zwei Besucher des Dorffestes, die sich den Nazis entgegenstellen, werden angegriffen und verletzt. Als weitere Besucher zu Hilfe eilen, lassen die Angreifer von ihnen ab und flüchten im Bus. **20. Mai, Reichenbach:** Nazis greifen vier antifaschistische

Jugendliche an. Sie bedrängen die jungen Leute und fordern sie auf in ihren PKW zu steigen. Dabei wird einer der Jugendlichen geschlagen, anschließend zertrümmert ein Nazis eine PKW-Fensterscheibe. **21. Mai, Mügeln:** Am späteren Abend werden die Scheiben der Eingangstür des nichtrechten Jugendtreffpunkts

Sozialraumanalyse in Colditz

Antworten und Konzepte gegen Naziaktivitäten und rechte Gewalt

In den letzten Monaten und Jahren kam es in der Kleinstadt Colditz (Landkreis Leipzig) immer wieder zu Übergriffen und Aufmärschen durch Neonazis. Am 23. Februar 2008 versammelten sich dutzende Neonazis, darunter auch Mitglieder der inzwischen verbotenen Vereinigung „Sturm 34“, in der Stadt, um Teilnehmer eines alternativen Rockkonzertes anzugreifen. Das Konzert richtete sich explizit gegen die als unerträglich wahrgenommene Anwesenheit der Nazis im Colditzer Alltag. Die rechten Angreifer zerstörten Fensterscheiben des Konzertsaals, gingen gewaltsam gegen einen türkischen Imbissladen vor und verletzten mehrere Personen. Die Stadt reagierte mit der Feststellung von baurechtlichen Mängeln an dem Gebäude, so dass vorerst keine weiteren alternativen Konzerte stattfinden konnten. In Folge dieser und weiterer Vorkommnisse gründete sich in Colditz ein Bündnis gegen Rechtsextremismus und für ein tolerantes Miteinander. Als am 1. September 2008 zahlreiche Menschen an einem Friedensgebet in der Stadtkirche teilnahmen, provozierten die NPD und so genannte Freie Kräfte vor der Kirche. Die Aktivitäten der Nazis in Colditz reihen sich ein in die große Palette von Nazierscheinungen im Landkreis sowie auch in der Stadt Leipzig selbst.

Eines der Ziele des „Colditzer Bündnis – Vielfältig, demokratisch, weltoffen“ besteht in der offenen Thematisierung der Nazigewalt in der Stadt. Das Klima des Schweigens sollte gebrochen werden. Im Herbst 2008 wurde schließlich von verschiedenen Colditzer Initiativen wie beispielsweise dem Verein „Club Courage e.V.“ in Zusammenarbeit mit der Opferberatung des RAA Sachsen e.V. sowie dem Mobilien Beratungsteam (MBT) ein umfassendes Projekt gegen Rechtsextremismus für die Stadt Colditz beschlossen. Die Aktivitäten der extremen Rechten hinterlassen oftmals Schweigen, Ignoranz aber auch Angst und ein bedrohliches Klima. Nur wenige Menschen trauen sich offen gegen die Nazis Stellung zu beziehen, vor allem Jugendliche in der Stadt fürchten die Gewalt der Neonazis. Aber dennoch gibt es zahlreiche Menschen die nicht nur den Nazis Paroli bieten, sondern die sich viel mehr auch für ein besseres und tolerantes Klima in Colditz einsetzen. So ist es beispielsweise sehr bemerkenswert,

dass die Stadt trotz schwieriger wirtschaftlicher und demografischer Lage eine große Vereinslandschaft aufweisen kann. Auch die Sanierungen des Schlosses Colditz sowie der damit verbundene kulturelle und touristische Aufbau lassen die Stadt in einem anderen, angenehmeren Licht erscheinen. Auf der anderen Seite stehen aber auch Probleme. So existieren kaum Treffpunkte für junge Menschen, wenig kulturelles Leben in der Stadt, schlechte Anbindungen an das öffentliche Nahverkehrssystem im Landkreis und eine depressive Stimmung unter vielen Bewohnern. Diese Stimmung ist auch in Colditz Folge der schwierigen Transformationsprozesse in Zusammenhang mit der Vereinigung von DDR und BRD. Kurz nach der Wende wurde das Porzellanwerk geschlossen, viele Menschen verloren ihren Arbeitsplatz und damit auch die materielle Lebensgrundlage. Junge Menschen wandern ab, zurück bleiben oftmals nur die älteren Einwohner. Die Folgen des demografischen Wandels führten dann auch im Jahr 2005 zur Schließung des Gymnasiums in Colditz.

Eine Gruppe Leipziger Studierender wollte sich in diese Welt begeben, um ein wenig das Leben der Menschen zu ergründen und schließlich Antworten auf die Nazi-gewalt sowie die generelle Colditzer Situation zu finden. Um den Anforderungen gerecht zu werden, sollten offene Interviews mit den Einwohnern geführt werden. Diese Methode eignet sich besonders in Situationen bzw. für Thematiken, die nicht einfach zu erforschen sind. Die Thematisierung von Nazis und rechter Gewalt führt bei vielen Menschen zu Ignoranz und mangelnder Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen. Offene, narrative Interviews umrunden das eigentliche Thema mit zahlreichen anderen Problemfeldern, so dass der Befragte oftmals ausgiebiger antwortet als etwa bei standardisierten Fragebögen.

Zentrale Frage dabei war die Wahrnehmung der Aktivitäten und der Gewalt durch Nazis in der Stadt sowie damit in Zusammenhang stehende Vorkommnisse. Des Weiteren sollten Ursachen dafür und Konzepte dagegen gefunden werden. Es konnten verschiedene Personen in Colditz für dieses Projekt interessiert werden. Neben Repräsentanten aus den verschiedenen Vereinen wurden besonders auch Menschen des sozialen und kulturellen

in Mügeln eingeschlagen. **21. Mai, Colditz:** Unbekannte Randalierer verwüsten gezielt die Räume des Vereins „Freiräume Muldental“. Daraufhin musste eine Veranstaltung zur Vorstellung der StadtratskandidatInnen abgesagt werden. **21. Mai, Zschopau:** Drei Männer greifen einen Döner-Imbiss unter „Ausländer

raus“-Rufen an und versprühen im Geschäft Reizgas. Fünf Personen mussten daraufhin mit Augen- und Hautreizungen im Krankenhaus behandelt werden. **21. Mai, Zwickau:** Zwei Männer schlagen an der Zentralhaltestelle einen 35-jährigen In-der-ins-Gesicht. Der Betroffene erlitt so schwere Verletzungen, so dass er

stationär im Krankenhaus behandelt werden musste. Bleibende Schäden können bisher nicht ausgeschlossen werden. **21. Mai, Mühlau:** Mehrere Personen, die äußerlich der alternativen Szene zuzurechnen sind, wurden während schwer verletzt, dass sie im Krankenhaus behandelt werden mussten. **25. Mai 2009,**

Lebens für das Projekt gewonnen. Jedoch auch normale Bürger nahmen an den Interviews teil. Um speziell den jungen Menschen eine Stimme zu geben, wurden zusätzlich Interviews mit Schülern der Colditzer Mittelschule geführt. Die Ergebnisse sind überraschend und vielfältig zugleich. Zum einen bestätigt sich die Annahme einer weitgehend bedrohlichen Situation, welche die Nazis hinterlassen, zum anderen zeigt sich aber auch große Bereitschaft, sich dem Problem anzunehmen. Die befragten Colditzer sind dabei oft aufmerksame Beobachter und Zuhörer und haben ebenso interessante Ideen und Konzepte für einen Umgang damit. Dennoch zeigte sich bei einigen Teilnehmern der Umfrage die bereits beschriebene Ignoranz gegenüber den Nazis. Die Situation wird dabei

als eine Rivalität unter Jugendlichen gewertet, die politische Dimension des Ganzen entgeht diesen Personen. Eine detaillierte Berichterstattung zu den Ergebnissen des Projekts wird es im nächsten Newsletter geben. Außerdem ist für den Spätherbst 2009 eine Broschüre geplant.

Das Projekt soll letztlich zivilgesellschaftliche Strukturen in der Stadt Colditz stärken und diese ermutigen, einen offenen Umgang mit den Neonazis und dem Thema Rechtsextremismus zu finden. Basierend auf den Ergebnissen der Interviews sollen weitere Projekte und Ideen gesammelt und zu passender Zeit in Zusammenarbeit mit verschiedenen Colditzerinnen und Colditzern umgesetzt werden.

Mügel ist einer der Orte, die ein massives Problem mit rechter Gewalt und Einstellung haben. Bis heute finden nahezu wöchentlich Angriffe statt. Die Stadt und ihre Bürger_innen beziehen keine Position. Wir freuen uns daher im folgenden ein Interview

mit dem Mügelner Verein „Vive le Courage“ abzdrukken, dass auf der Internetseite „Netz gegen Nazis“ erschienen ist.

Quelle: <http://www.netz-gegen-nazis.de>

Mügel: "Das Rechtsextreme stört ihn nicht so, aber vor den Linken hat er ein bisschen Angst"

In Mügel (Sachsen) wurden 2007 acht Inder von rassistischen Mitmenschen durch den Ort gejagt. Zwei Jahre später werden Jugendliche, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, von der Stadt behindert und von Neonazis angegriffen. Warum sie sich nicht entmutigen lassen, erklärt Susan Anger vom Vive le Courage e.V. aus Mügel.

Mügel in Nordsachsen erlangte 2007 unschöne Bekanntheit, als acht Inder von etwa fünfzig gewaltbereiten, rassistischen Mitbürgern, zum Teil aus dem rechtsextremen Spektrum, durch die Stadt gejagt wurden. Daraufhin wurde in dem 4.500-Einwohner-Ort der Verein "Vive le Courage e.V." gegründet. Mit diversen Aktionen klärt er über Rassismus und Rechtsextremismus auf - und muss immer wieder mit Angriffen seitens der Neonazi-

Szene und Behinderungen durch den Mügelner Bürgermeister Gotthard Deuse (FDP) kämpfen. Während die Rechtsextremen etwa beständig die Fensterscheiben des Vereinsgebäudes einwerfen, untersagte Deuse etwa jüngst ein zuvor zugesagtes antirassistisches Konzert in der Stadt, weil er plötzlich im Park keine "politischen Veranstaltungen" mehr zulassen will.

Bea Marer sprach über die Situation mit Susan Anger, Mitglied des Vive le Courage e.V.

War die Hetzjagd auf die Inder 2007 ein Einzelfall? Ist Mügel zu Unrecht in Verruf geraten?

Leider haben wir ständig mit Übergriffen der rechtsextremen Szene zu kämpfen, schon vor und auch nach der

Oschatz: Ein 14-jähriger Schüler wird von zwei verummten Personen angegriffen, kann sich aber verteidigen. Der Betroffene wurde bereits mehrfach von Nazis bedroht und beleidigt. **31. Mai, Lommatzsch:** Zum wiederholten Mal wird ein von einem Migrant betriebener Imbiss Ziel eines rassistischen

Angriffs. Die Polizei schließt aber einen rechtmotivierten Hintergrund aus. **6. Juni, Brand-Erbisdorf:** Auf dem Heimweg vom Open-Air-Konzert des Jugendclubs IMI e.V. werden drei alternative Jugendliche von Nazis angegriffen. Ein Nazi schlug einem Jugendlichen mit einer Stange auf den Kopf, so dass dieser eine

Platzwunde erlitt, die im Krankenhaus behandelt werden musste. **7. Juni, Dresden:** Drei Jusos werden von drei rechten Jugendlichen aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit erst beschimpft und dann körperlich attackiert, glücklicherweise aber nicht verletzt. Am selben Abend randalieren etwa 15 Jugendliche im Stadtteil

Hetzjagd. Das Ausmaß dieses Übergriffs war extrem, doch auch im Alltag werden die Pöbeleien immer krasser. Die Zahl der Angegriffenen steigt, auch Verfolgungen häufen sich. Die Mitglieder unseres Vereins sind davon besonders betroffen.

Die Nazi-Szene ist im Ort also schon lange sichtbar. Warum brauchte es dann erst einen Vorfall mit Medienrummel in dieser Größenordnung, um eine Institution des Widerstands zu gründen?

Vor dem Verein hatten wir ein Jugendzentrum, das überwiegend von Leuten aus der linken Szene besucht wurde. Das hatte eine ähnliche Funktion wie der Verein heute - und auch schon die gleichen Probleme mit Nazi-Pöbeleien. Leider wurde das Zentrum aber Anfang 2008 geschlossen. In Gedenken an die Hetzjagd haben daraufhin "Vive le Courage" gegründet.

Warum wird in einem Ort mit lebendiger Neonazi-Szene einen Jugendclub geschlossen, von dem aus ein antirassistisches Weltbild vermittelt wurde?

Der offizielle Grund ist, wir hätten gegen die Öffnungszeiten und den Lärmschutz verstoßen. Inoffiziell aber wollte der Bürgermeister Gotthard Deuse den Club schließen, weil er darin eine "Gefahr von Linksextremisten" sah. Das Rechtsextreme stört ihn nicht so, aber vor den Linken hat er ein bisschen Angst.

Gotthard Deuse ist auch dafür verantwortlich, dass das geplante Abschlussfest der von euch geplanten "Aktionswoche gegen Rassismus" am 29.08.2009 nicht in Mügeln stattfinden darf.

Ja, leider. Begründung ist, dass es sich um eine politische Veranstaltung handele. Anti-Rassismus hat aber nicht zwangsläufig etwas mit Politik zu tun, sondern ist eine der wichtigsten Grundlagen friedlichen Zusammenlebens. Wir konnten ihn bisher auch zu keinem weiteren Gespräch bringen und haben das Fest jetzt in einen Nachbarort verlegt, nämlich ins E-Werk in Oschatz.

Gibt es Zuspruch von anderer Seite - von anderen Politikern oder Vereinen?

Vom Stadtrat bekommen wir leider keine Unterstützung. Auch die Abgeordneten der SPD und der Linken scheinen sich nicht für uns zu interessieren. Die Vereine vor

Ort sind allesamt traditionell und haben alt eingesessene Mitglieder, die mit uns nichts zu tun haben wollen. Doch wir haben gute Kontakte zu ähnlichen Organisationen im Umkreis. Die helfen uns bei Veranstaltungen. In der Bevölkerung haben wir schon viel erreicht. Ältere Menschen unterstützen uns unter der Hand.

Unterstützung ist jetzt wichtiger denn je - ist euer Verein doch ständig von rechtsextrem motivierter Gewalt betroffen.

Das ist wahr, zum Beispiel werden immer wieder die Scheiben des Vereinsgebäudes eingeworfen. Dadurch sind wir in eine finanziell sehr prekäre Lage geraten. Wir sammeln jetzt in einer Spendenaktion Geld für Sicherheitsglas.

Was ist das für ein Gefühl, wenn man schon wieder auf den Scherben der eingeschlagenen Scheiben des Vereinshauses steht?

Im Prinzip haben wir damit gerechnet. Wir kennen das schon vom Jugendclub. Deshalb würden wir auch lieber Gitter anbringen, anstatt nur Sicherheitsglas, um Verwüstungen in den Räumen, wie es schon oft der Fall war, zu vermeiden. Aber das geht wegen des Denkmalschutzes des Gebäudes leider nicht.

Wie geht ihr damit um, wenn euch ein Neonazi begegnet?

Dieses Thema ist ein großer Diskussionspunkt innerhalb des Vereins, da konnte auch noch kein Konsens erreicht werden. Wir reagieren situationsabhängig. Auf der Straße gehen wir an ihnen vorbei. Bei Veranstaltungen werfen wir sie raus, wenn sie stören. Wollen sie reden, dann reden wir mit ihnen.

Ihr diskutiert mit Nazis?

Ja, aber natürlich nicht mit Hardlinern. Doch man muss sich die Situation hier vorstellen: alles kleine Orte, jeder kennt jeden. Wenn nun einige Leute der Dorfjugend mangels Alternativen über andere Jugendliche und Konzerte in die rechte Szene reinrutschen, muss man mit ihnen reden und sie aufklären, damit sie uns nicht völlig entgleiten. Denn oft sind das nur Mitläufer, die die Parolen der Freunde nachquatschen, ohne darüber nachzudenken.

Gorbitz, dabei grölten sie rechte Parolen. **8. Juni, Reichenbach:** Aus rassistischer Motivation bedroht ein maskierter Mann zwei Frauen in einem PKW. Er ist mit einem Stock bewaffnet und versucht in das Auto einzudringen. Als die Frauen Anzeige erstatten wollen, rät ihnen der Polizeibeamte davon ab, schließlich sei

nichts passiert. Sie wären zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen. **12. Juni, Mügeln:** Erneut wurde das Vereinshaus von „Vive le Courage“ e.V. angegriffen. Die Täter zerschmetterten zwei Fensterscheiben und treten ein Kellerfenster ein. Am folgenden Abend werden zwei weitere Kellerfenster beschädigt und eine

Bierflasche in ein Fenster geworfen. **21. Juni, Bad Elster:** Eine tschechische Familie wird von mehreren Jugendlichen angegriffen. Beim Vorbeifahren an der Jugendgruppe wurde auf das Auto der Familie geschlagen. Als der Fahrer ausstieg wird er geschlagen und getreten, auch die hinzueilende Ehefrau und der 15-

Jeder kennt jeden - dann kommt es doch bestimmt auch in Schule und Ausbildung zur Konfrontation mit Neonazis?

Sicherlich, das ist sehr problematisch, weil man so schlecht ausweichen kann. Ich persönlich habe damit keine Probleme mehr, weil ich im Ort und bei den Nazis bekannt bin. Daher greifen sie mich auch nicht an, weil sie genau wissen, dass ich Anzeige erstatten würde. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen sind auch ein Generationsproblem. Ich bin Anfang 30. Menschen, die rund zehn Jahre jünger sind als ich, sind mit Neonazis im gleichen Alter konfrontiert, die immer gewaltbereiter und dann auch gewalttätiger sind.

Das kann nicht unbemerkt bleiben. Wie wird im Ort darauf reagiert?

Ist wieder jemand Opfer einer rechtsextrem motivierten Gewalttat geworden, wird die Polizei gerufen. Die kommt aber oft viel zu spät, manchmal sogar gar nicht, und vergisst auch einmal, Zeugenaussagen aufzunehmen, die eindeutig zur Fallklärung geführt hätten. Und der Bürgermeister will den Ernst der Lage immer noch nicht sehen und beschäftigt sich einfach nicht damit.

Vielen Dank für das Gespräch.

Der Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung bittet um Spenden für "Vive le Courage"!

Der Verein "Vive le Courage" in Mügeln braucht 6.000 Euro, um das Vereinsgebäude gegen Übergriffe zu sichern. Der Opferfonds CURA möchte "Vive le Courage e.V." helfen und konnte dem Verein eine erste Hilfe in Höhe von 1.000 Euro bewilligen. Jetzt bittet er um Unterstützung: Ermöglichen Sie mit Ihrer Spende, die Fortführung des Engagements von "Vive le Courage e.V." für eine demokratische Kultur, die sich nicht durch rechtsextreme Gewalt einschüchtern lässt. In der Region Mügeln wie in anderen Teilen Deutschlands ist die Schaffung und Erhaltung einer demokratischen Kultur eine wichtige Aufgabe und es darf nicht zugelassen werden, dass sich dieses Engagement rechtsextremen Gewalttätern beugen muss.

Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung
Stichwort "Mügeln"
Deutsche Bank Bensheim
Konto: 030 331 331
BLZ: 509 700 04

Die §§-Ecke - Die ZeugInnenaussage

Die §§-Ecke wird in loser Folge auf rechtliche Möglichkeiten nach einem rechts-motivierten Angriff eingehen und darstellen, welche Rechte und Pflichten sich daraus ergeben.

Nahezu täglich – verstärkt an den Wochenenden – werden in Sachsen Menschen von Rechten angegriffen. Nur die wenigsten Betroffenen haben zuvor Erfahrungen mit dem deutschen Rechtssystem gemacht. Oft fühlen sie sich mit ihren Ängsten und Fragen allein gelassen. Die

Meisten wissen zwar, dass der Angriff auf sie eine Straftat ist, die von der Polizei verfolgt werden sollte. Viele sind sich aber unsicher darüber, was das nun für sie bedeutet und welche Rolle sie in diesem Verfahren einnehmen.

Diese regelmäßige Rubrik unseres Newsletters soll konkrete Erklärungen geben, was man selbst nach einem rechten Angriff tun kann und welche Rechte, Pflichten und Möglichkeiten sich aus dem Verfahren ergeben.

jährige Sohn werden angegriffen. Alle drei werden leicht verletzt. **28. Juni, Burgstädt:** Zum achten Mal seit Frühjahr 2008 wird ein Anschlag auf das Bürgerbüro der LINKEN verübt. In ein Fenster des Büros wurde ein Betonpflasterstein geworfen. **11. Juli, Lengsfeld:** Ein nicht-rechter Jugendlicher wird auf dem Markt von

mehreren Nazis mit Fußtritten und Pfefferspray traktiert und leicht verletzt. **12. Juli, Oschatz:** Im Anschluss an ein Konzert überfallen 20 Vermummte das E-Werk Oschatz. Sie dringen auf das Gelände vor und werfen dabei Flaschen, Steine und Feuerwerkskörper. Ein Konzertbesucher muss anschließend notärzt-

lich versorgt werden. Die Angreifer werden zumindest als Sympathisanten der rechten Szene eingeordnet. **12. Juli, Limbach-Oberfrohna:** Die gerade erst im Ausbau befindlichen neuen Räumlichkeiten der Sozialen und Politischen Bildungsvereinigung wurden Ziel eines Angriffs. Mehrere Scheiben gingen dabei zu Bruch.

Thema diesmal: die Zeuginnenvernehmung

Wer ist Zeugin?

Zeugin einer Straftat ist jede Person, die in einem Strafverfahren, welches sich nicht gegen sie selbst richtet, Auskunft über die Wahrnehmung von Tatsachen hinsichtlich des aufzuklärenden Sachverhaltes geben kann. Zeuginnen sind damit der/die Betroffene selbst und sämtliche Personen, die über Tatsachen im Zusammenhang mit dem Angriff berichten können. Dabei ist gleichgültig, wann und aus welchem Anlass der/die Zeugin, die Wahrnehmungen gemacht hat.

Welche Pflichten habe ich als Zeugin?

Zeuginnen sind sog. „Beweismittel“ im Strafverfahren und haben vor der Staatsanwaltschaft und dem Gericht eine Aussagepflicht. Wenn also eine staatsanwaltschaftliche oder gerichtliche Zeuginnenladung eintrifft, muss dieser Folge geleistet werden, da bei Nichterscheinen ein Ordnungsgeld, polizeiliche Vorführung und im schlimmsten Fall Ordnungshaft drohen. Zur Zeuginnenaussage bei der Polizei besteht keine Pflicht, allerdings sollte man bedenken, dass die Zeugenaussage insbesondere von Betroffenen wesentlicher Bestandteil zur Aufklärung des Angriffs ist.

Wer als Zeugin aussagt, unterliegt der Wahrheitspflicht. Dass heißt, dass man nicht wissentlich falsch aussagen darf und auch vollumfänglich zur Aufklärung verpflichtet ist. Die Aussage darf nur der/die Zeugin verweigern, der/die mit dem/der Angeklagten verheiratet, verlobt, verwandt oder verschwägert ist oder sich selbst durch die Aussage belasten würde.

Welche Rechte habe ich als Zeugin?

Betroffene, die als Zeuginnen bei der Staatsanwaltschaft oder vor Gericht geladen werden, haben die Möglichkeit – auch wenn die Nebenklage nicht besteht – sich eine/n RechtsanwältIn hinzuziehen. Diese/r kann bei der Aussage des/der Betroffenen als Zeuginnenbeistand fungieren und direkt neben dem/der Geschädigten Platz nehmen, sowie Fragen beanstanden.

Für Betroffene besteht bereits bei der Polizei und auch im

späteren gerichtlichen Verfahren die Möglichkeit der Hinzuziehung einer Vertrauensperson bei der Vernehmung. Dies können auch MitarbeiterInnen der Opferberatungsstellen sein. Allerdings hat der/die Verletzte darauf keinen Rechtsanspruch, die Zulassung einer Vertrauensperson steht vielmehr im pflichtgemäßen Ermessen des (Polizei-)Beamten oder des Richters.

Gedächtnisprotokoll

Es ist wichtig, sich so schnell wie möglich nach dem Angriff Notizen über das Erlebte / Gesehene anzufertigen und ein sog. „Gedächtnisprotokoll“ zu schreiben. Häufig ist bereits die polizeiliche Vernehmung Tage oder sogar Wochen später, bis zum Gerichtsverfahren vergehen oft Monate manchmal Jahre. Auch wenn das Erlebte zunächst so nah erscheint, verblasen die oft wichtigen kleinen Details im Laufe der Zeit. Das Gedächtnisprotokoll dient allein der persönlichen Erinnerung und sollte daher in der eigenen Sprache und persönlich verfasst sein. Gerade wenn mehrere Personen angegriffen wurden, ist es wichtig, dass jede/r für sich alleine schreibt, da Wahrnehmungen häufig unterschiedlich sind. In dem Protokoll sollte das gesamte Geschehen möglichst detailgetreu festgehalten sein.

- Wie kam es zum Angriff?
- Wo und wann geschah es?
- Wieviele Täter waren es?
- Wie sahen diese aus? (Kleidung, Größe, auffällige Merkmale)
- Was äußerten die TäterInnen?
- Wer von den TäterInnen hat was gemacht?
- Gibt es Zeuginnen? Wen?
- Wie habe ich mich verhalten?

Das Gedächtnisprotokoll sollte an einem sicheren Ort zu Hause, bei einem/r AnwältIn oder auch bei den Opferberatungsstellen aufbewahrt werden. Es dient nur der persönlichen Erinnerung.

Zeuginnen, die Repressalien durch die TäterInnen fürchten, sollten sich mit ihren Bedenken zunächst an eine/n AnwältIn oder die Opferberatungsstellen wenden. Dort kann eine gemeinsame Einschätzung der Gefährdungslage besprochen und ggf. Schutzmaßnahmen ergriffen werden.

Nach zahlreichen Sachbeschädigungen durch Nazis musste der Verein seine früheren Räume verlassen. **14. Juli, Markneukirchen:** Unbekannte beleidigten und schubsten drei junge Männer, zwei Deutsche und einen Koreaner. Ein Täter schlug mit einem ausgerissenen Leitpfosten auf die Betroffenen ein, von denen zwei

verletzt wurden. **15. Juli, Chemnitz:** Ein Schwarzer Mann wird von zwei unbekanntem Tätern attackiert und verletzt. Er musste zur ambulanten Behandlung ins Krankenhaus. **19. Juli, Zwickau:** Drei alternative junge Erwachsene werden von 12 rechten Personen zunächst beleidigt und dann mit Schlägen und Tritten trak-

tiert. **5. August, Dresden:** Ein Plakatier-Team der LINKEN wird von vier rechtsgerichteten Jugendlichen überfallen. Einer der beiden Betroffenen wurde durch Glassplitter seiner durch die Schläge zerstörten Brille so schwer verletzt, dass er zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus eingeliefert werden musste.

Restriktive Unterbringungspolitik tötet Mutter von drei Kindern

Am 26. August verstarb im Krankenhaus Mittweida Frau A.T., Mutter von drei Kindern im Alter von 10, 7 und 3 Jahren an einer Überdosis von Medikamenten. Vor den Augen von zwei Mitarbeitern der Ausländerbehörde nahm sie die Tabletten ein, um einen Umzug der Familie in das Asylbewerberheim Mobendorf zu verhindern. Die Mitarbeiter der Behörde unterließen jegliche Hilfeleistungen.

Hintergrund:

Das Asylbewerberheim Frankenau sollte zum Monatsende geschlossen werden. Ein Teil der Bewohner fand bereits am 19.08.2009 ihre Unterkunft im Asylbewerberheim Döbeln. Die weiteren Bewohner hatten die Auflage zum gestrigen Tag, dem 24.08.2009 nach Mobendorf zu ziehen.

Schon in der Vergangenheit hatte die Familie einen Antrag auf dezentrale Unterbringung aus gesundheitlichen und humanitären Gründen gestellt, welcher jedoch von der Behörde abgelehnt wurde. Im Vorfeld der geplanten Schließung bat die Familie erneut um eine Unterbringung in einer Wohnung, entsprechende ärztliche Atteste lagen vor und bestätigten die Dringlichkeit, insbesondere im Hinblick auf die medizinisch festgestellte Suizidalität von Frau A.T.

Am Tag des Umzugs bat A.T. noch einmal eindringlich die anwesenden Mitarbeiter der Ausländerbehörde nicht nach Mobendorf ziehen zu müssen, sondern bis zur Entscheidung ihres Antrages in das Asylbewerberheim in Döbeln ziehen zu dürfen. Der Ehemann sprach von „Betteln“ und berichtete, dass seine Frau auf die Knie gegangen sei und den Mitarbeitern die Hände geküsst habe. Als dies kein Verständnis hervorrief, habe sie sich mit bei-

den Händen das Gesicht blutig gekratzt und vor den Augen der Behördenmitarbeiter sowie der Heimleiterin eine nicht unerhebliche Zahl an Tabletten eingenommen. Schließlich brach sie in Anwesenheit ihres 10-jährigen Sohnes zusammen. Ein beruhigendes und deeskalierendes Einwirken der Mitarbeiter der Behörde ist nach unserem Kenntnisstand nicht erfolgt. Selbst als der Ehemann um Hilfe bat, nachdem er im Zimmer der Familie eine große Anzahl von leeren Medikamentenschachteln vorfand, wurde durch die Behördenmitarbeiter weder selbst erste Hilfe geleistet, noch der Notarzt gerufen. Statt dessen wurde der Ehemann darauf verwiesen seine Frau selbst ins Krankenhaus zu fahren. Er selbst informierte zunächst den Krankenwagen, die Polizei sowie den behandelnden Arzt, wobei kostbare Zeit verstrich, bevor er dann mit seiner Frau im eigenen Auto nach Mittweida fuhr. Während seine Frau mit dem Tode rang, wurde von ihm noch verlangt den Umzug fortzusetzen und seine Dinge von Frankenau nach Mobendorf zu bringen. In dieser Zeit verstarb Frau A.T. im Krankenhaus.

„Ein solches Drama wäre zu vermeiden gewesen“ sagt Ali Moradi vom Sächsischen Flüchtlingsrat e.V. (SFR). Nach Ansicht des SFR hätte der Familie im Zuge der Wohnheimschließung längst eine Unterbringung in einer Wohnung ermöglicht werden sollen, die entsprechenden Voraussetzungen lagen vor. Der geforderte zwischenzeitliche Umzug in ein anderes Asylbewerberheim war überflüssig. Der Suizid der Frau als Folge dessen ist ein weiteres Beispiel für die restriktive Unterbringungspolitik in Sachsen.

Quelle: Pressemitteilung des Sächsischen Flüchtlingsrates e.V. vom 25. August 2009

17. August, Krostitz: Unbekannte beschädigen einen zum Imbiss umgebauten LKW, sie zerstechen die Reifen und reißen einen Außenspiegel ab. Die Täter hinterlassen Flyer mit rechtem Inhalt. **23. August, Tautcha:** 15 Männer, die der Leipziger Hooliganszene zugerechnet werden, greifen auf dem Stadtfest drei aus-

ländische Bürger an. Diese versuchen nach den ersten Beschimpfungen zu fliehen, was jedoch nur Zweien gelingt. Der Dritte wird niedergeschlagen und auf dem Boden weiter malträtiert. Zwei Streifenbeamte entziehen den jungen Betroffenen den Attacken, flüchten mit ihm unter anhaltenden Angriffen in einen Strei-

fenwagen und fahren davon. **25. August, Wurzen:** Eine 18-Jährige wird in ihrem Wohnhaus von Nazis bedroht. Die Nazis versuchten bereits in ihre Wohnung einzubrechen, beschossen ein Fenster mit Paintballkugeln und hinterließen am Briefkasten der Betroffenen Aufkleber mit rechtem Inhalt. **29. August, Dö-**

Rechte Angriffe erneut auf hohem Niveau

Opferberatungsstellen für Betroffene rechter Gewalt legen Halbjahresstatistik vor

Die Opferberatung für Betroffene rechter Gewalt des RAA Sachsen e.V. erhielt von Januar bis Juni 2009 Kenntnis von 84 rechten Übergriffen im Freistaat Sachsen. Zusätzlich wird nach wie vor von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden. Die Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt zählen keine Propaganda- oder Beleidigungsdelikte, sondern ausschließlich Gewaltdelikte.

Die größte Anzahl von Angriffen richtete sich gegen nicht-rechte oder alternative Jugendliche (44), weil sie sich der in vielen Regionen Sachsens bestehenden Dominanz rechter Jugendlicher nicht anpassen wollen. In 20 Fällen waren die Angriffe rassistisch motiviert. In 17 Fällen richteten sich die Angriffe gezielt gegen politisch Aktive, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren.

In fast zwei Drittel der Angriffe handelte es sich primär um Körperverletzungsdelikte (52) von denen insgesamt 137 Personen direkt betroffen waren.

Schwerpunkte der verübten Angriffe im Verhältnis zur Einwohner_innenzahl bildeten im 1. Halbjahr 2009 die Landkreise Nordsachsen, Leipzig und Zwickauer Land, gefolgt von den Städten Leipzig und Dresden.

Dazu erklärt Grit Armonies, Projektkoordinatorin der Opferberatungsstellen des RAA Sachsen e.V.: „Nahezu jeden zweiten Tag werden in Sachsen Personen aufgrund einer rechtsextremen Tatmotivation zum Teil ernsthaft verletzt. Und das nur, weil sie nicht in das menschenverachtende Weltbild der Täter_innen passen oder weil sie einfach nur nicht rechts sein wollen. Alarmierend ist die Zahl von Angriffen, welche sich gegen Personen richten, die sich ehrenamtlich oder auch beruflich gegen Rechtsextremismus engagieren. Eine demokratische Gesellschaft darf dies nicht dulden. Diese Übergriffe verlangen unbedingt ein gesamtgesellschaftliches Engagement gegen rechtsextreme Einstellungen, für Toleranz und Zivilcourage. So sind Bund, Länder und Kommunen gefordert, Initiativen und Projekte gegen Rechts weiterhin zu fördern. Aber auch der Einzelne darf bei rechten Übergriffen nicht wegschauen.“

Die detaillierte Halbjahresstatistik der sächsischen Opferberatungsstellen finden sie zum Download auf unserer Homepage in der Rubrik „Statistik“: www.raa-sachsen.de

beln: Etwa 15 bekannte Nazis greifen zwei nichtrechte Jugendliche an. Erst als Anwohner auf die Situation aufmerksam werden, lassen die Angreifer von den Betroffenen ab. **29. August, Mügeln:** Der Vereinssitz von „Vive le Courage“ wird diesmal von einer Gruppe von 40 bis 50 Nazis angegriffen. Diese sind mit

Schlagwaffen ausgestattet und bewerfen das Haus mit Flaschen und Böllern. Das Eingreifen der Polizei verhindert schlimmeres, dennoch wird eine Person durch die Nazis verletzt. **31. August, Chemnitz:** Während des Stadtfestes wird eine Gruppe alternative Jugendlicher von etwa 40 Nazis angegriffen, ein Ju-

KONTAKT

Für weiterführende Informationen zur RAA-Opferberatung besuchen Sie bitte:

www.raa-sachsen.de

Die RAA-Opferberatung verfolgt einen aufsuchenden Beratungs- und Unterstützungsansatz, der sich ganz an den Bedürfnissen und Entscheidungen der Betroffenen ausrichtet. Um einen Termin für eine Beratung zu vereinbaren, wenden Sie sich einfach an das Büro in ihrem Regierungsbezirk.

Büro Dresden

Bautzner Straße 45, 01099 Dresden
Tel: 0351 88 94 174
Mobil: 0172 97 41 268
Fax: 0351 88 94 193
opferberatung.dresden@raa-sachsen.de

Büro Chemnitz

Weststraße 49, 09112 Chemnitz
Tel: 0371 48 19 451
Mobil: 0172 97 43 674
Fax: 0371 48 19 452
opferberatung.chemnitz@raa-sachsen.de

Büro Leipzig

Peterssteinweg 3, 04107 Leipzig
Tel: 0341 22 54 957
Mobil: 0178 51 62 937
Fax: 0341 22 54 956
opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de

Gefördert durch:



Impressum - Newsletter September 2009

Herausgeber: RAA Sachsen e.V. - Opferberatung, Bautzner Straße 45/47, 01099 Dresden
Mail: opferberatung.dresden@raa-sachsen.de
V.i.S.d.P.: Grit Armonies

gendlicher wird mit einer Flasche auf den Kopf geschlagen, so dass er ambulant behandelt werden muss.

Eine umfangreichere Chronik der Beratungsstellen ist auf der Homepage einzusehen: www.raa-sachsen.de